

Danziger Zeitung.

№ 16197.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagen-
gasse Nr. 4. und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten
für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

Politische Uebersicht.

Danzig, 9. Dezember.

„Verschleppung.“

Bemerkenswerth ist der Eifer, mit welchem ein Theil der gouvernementalen Presse den freisinnigen und dem Centrum irgend welche besonders böse Absicht in Sachen der Militärvorlage unterstellt. Da behauptet man z. B. ganz fest, daß beide Fractionen die Beratung der Vorlage „verschleppen“ wollen, und diese Verdächtigung muß dann zur Basis eines großen Gezetzers und aller möglichen Drohungen dienen. Und woher nimmt man denn eigentlich diese Insinuationen? Wer sagt denn, daß die genannten Parteien eine „Verschleppung“ planen? Daß die Führer beider Fractionen eine eingehende Prüfung der Vorlage und des einschlägigen Materials verlangen, will man sich darüber wundern? Ist das nicht selbstverständlich? Selbst im Jahre 1880, als das jetzige Septennat eingebracht wurde, lagen zwischen der ersten und zweiten Lesung der Vorlage nicht weniger als sechs Wochen. Und hier möchte man womöglich die Sache in ebensoviele Tagen durchgepeitscht sehen?

Dazu liegt gar kein Grund vor. Man muß im Gegentheil immer mehr anerkennen, daß diese wichtige und sehr ernste Vorlage nicht nur an sich einer genauen Prüfung bedarf, sondern daß sie auch von gewissen Kreisen nur als Mittel zum Zweck, d. h. für ihre besonderen Fraktionsinteressen benutzt werden soll. Das ist auch so eine Art von Patriotismus!

In der genannten Presse hat man nun sogar darin etwas in der Richtung der Verschleppung finden wollen, daß die nächste Plenarsitzung am Freitag und nicht erst am Montag stattfindet, wie verschiedene Correspondenten berichtet hatten. Als ob es nicht im Gegentheil ein ganz natürlicher und berechtigter Wunsch wäre, daß der Reichstag beisammen bleibt, während die Commission die wichtigsten aller Vorlagen in Beratung hat. Es kann doch jeden Augenblick notwendig werden, daß die Commissionsmitglieder mit ihren Fraktionsgenossen in Beratung über diesen oder jenen Punkt treten wollen. Es gehört also in der That eine gehörige Dosis Phantasie dazu, aus dem Umstande, daß der Reichstag nicht bis Montag vertagt wird, Verschleppungsabsichten zu konstruieren.

Was die sonstige Sachlage und die Chancen der Vorlage betrifft, so hat eine anscheinend offiziöse Correspondenz der „Schles. Zig.“ einiges Interesse. Dem conservativen Organ wird aus Berlin u. a. geschrieben:

Principiell ist die Partei (das Centrum) stets für einjährige Bewilligung der Friedenspräsenzstärke eingetreten, und auch die freisinnige Partei darf nach dem Fusionsprogramm die neue Friedenspräsenz nur bis zum Ablauf dieser Legislaturperiode bewilligen. Gleichwohl gilt es für gewiß, daß schon jetzt eine Mehrheit vorhanden ist, welche die neue Friedenspräsenz auf drei Jahre bewilligt. Das Weitere hängt davon ab, welche besonderen Schläglichter die vertraulichen Erörterungen in der Commission auf die vom Kriegsminister als „notorisch“ bezeichnete auswärts Lage werfen werden. Die verbündeten Regierungen werden schließlich den verschiedenen Werth einer größeren oder geringeren Mehrheit in Rechnung ziehen und die geforderte Gültigkeitsdauer von 7 Jahren nicht unbedingt als conditio sine qua non betrachten. Der Kriegsminister besteht zwar nicht auf einer Erledigung der Vorlage vor Weihnachten; aber es ist nicht unbedingt ausgeschlossen, daß die Ausschüsse über die politische Lage in der Commission dennoch eine derartige Beschlussempfehlung herbeiführen. Welche Erörterungen über die auswärtigen Beziehungen in der Commission werden gemacht werden, weiß nur der Reichszugler — und selbst dieser vielleicht zur Stunde noch nicht. Wie man annimmt, würden nur ganz besondere Umstände ihn veranlassen, in der Commission zu erscheinen; wahrlich nicht wird als Bundesratsmitglied der Staatssecretär im Auswärtigen Amt, Graf Herbert von Bismarck, in der Commission zugegen sein.

Hierzu möchten wir bemerken, daß auch wir die Chancen der Vorlage dahin beurtheilen, daß die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke angenommen

wird, jedoch nicht auf sieben, sondern nur auf drei Jahre. Was aber die „Schles. Zig.“ von dem Standpunkt der freisinnigen Partei betreffend dieser Zeitdauer spricht, daß „die freisinnige Partei nach dem Fusionsprogramm die neue Friedenspräsenz nur bis zum Ablauf dieser Legislaturperiode bewilligen darf“, also nur auf ein Jahr, ist irrtümlich. Der betreffende Programmpunkt läßt auf das unzweideutigste die Bewilligung auf drei Jahre zu. So ist er stets aufgeführt worden und dementsprechend wird verfahren werden.

Die Streitigkeiten bei der Unfallversicherung.

An die Rede, mit der der Präsident Herr Böttcher im Juli d. J. den Beginn der rechtspredicenden Thätigkeit des Reichsversicherungsamts einleitete, knüpfte die „Lib. Corresp.“ Betrachtungen, welche namentlich Bedenken über die Unentgeltlichkeit dieser Rechtspredicung Ausdruck gaben und die Befürchtung aussprachen, daß die Arbeiter von dem Rechtsmittel der Berufung an die Schiedsgerichte, bez. des Recurses an das Reichsversicherungsamt einen sehr umfassenden Gebrauch machen würden, während sie thatsächlich in den überwiegend zahlreichen Fällen einer wirksamen Vertretung ihrer Rechte entbehren würden. Während die „Nordd. Allg. Zig.“ damals den mehr dreifachen als erfolgreichen Versuch machte, die Unentgeltlichkeit der Rechtspredicung in der Unfallversicherung in Abrede zu stellen, hat Staatsminister v. Böttcher in der letzten Sitzung der Budgetcommission des Reichstags, in der Abg. Schrader die Sache zur Sprache brachte, eingeräumt, die Unentgeltlichkeit des Verfahrens habe allerdings auch bei der Behörde Bedenken hervorgerufen; vielleicht werde der Reichstag noch Anlaß erhalten, sich mit der Frage zu beschäftigen. Der Abg. Dr. Dambach bezieht sich hervorzuheben, daß es nach seinen Erfahrungen durchaus notwendig sei, dem Arbeiter die Berufung gegen die Entscheidungen der Berufungsgenossenschaft nicht zu verschränken oder zu erschweren. Es werde sich im Gegentheil empfehlen, in gewissen Fällen den Beschädigten eine offizielle Vertretung zu gewähren, wie das auf Grund des Armerrechts im gewöhnlichen Proceß-Verfahren geschehe. Wie aber auch diese Frage ausgetragen werden mag, unter allen Umständen hat die kurze Erörterung in der Commission klar gestellt, wie grundlos die Voraussetzungen waren, unter denen i. J. die Aufhebung des Haftpflichtgesetzes herbeigeführt wurde. Der Herr Reichszugler hat damals Klage über die große Anzahl von Prozeßen erhoben, zu welchen dieses Gesetz Anlaß gegeben habe; der von einem Unfall betroffene Arbeiter müsse gegen solche Belästigungen und Ausbeutungen sichergestellt werden. Das Unfallversicherungsgesetz hat diese Aufgabe nicht gelöst. In den Erläuterungen zum Etat ist die Mehrforderung von zwei Stellen für ständige Mitglieder des Reichsversicherungsamts ausdrücklich damit motiviert, daß das Amt seit Juli dieses Jahres in die rechtspredicende Thätigkeit eingetreten sei. Die Ausbeutung, welche diese Thätigkeit gewinnen werde, lasse sich zur Zeit noch nicht überschauen; immerhin aber gebe die Thatfache einen Anhalt, daß im Jahre vom 1. Oktober 1884 bis 30. September 1885 auf Grund des Haftpflichtgesetzes beim Reichsgericht 139 und bei den Oberlandesgerichten 648 Prozeße anhängig gemacht worden seien. Eine Verminderung dieser Streitigkeiten, die fortan unter das Unfallversicherungsgesetz fielen und zur Zuständigkeit der Schiedsgerichte bez. des Reichsversicherungsamts gehörten, sei um deswillen nicht wahrscheinlich, „weil den Verletzten und ihren Hinterbliebenen aus der Berufung an die Schiedsgerichte und dem Recurs an das Reichsversicherungsamt Kosten nicht erwachsen“. Die Zahl der auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes und des Gesetzes betr. die Ausbeutung der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885 errichteten Schiedsgerichte, von denen die Recurse, soweit nicht Landesversicherungs-

ämter in Betracht kommen, an das Reichsversicherungsamt gehen, beträgt 448.

Selbstverständlich wird durch die Errichtung von Landesversicherungsämtern wohl das Reichsamt entlastet, die Zahl der Streitigkeiten aber absolut nicht vermindert. Unter diesen Umständen ist unschwer vorauszuweisen, daß unter der Herrschaft der Unfallversicherungsgesetzgebung die Zahl der Streitigkeiten nicht sowohl ab- als zunehmen wird.

Ueber das fortschreitende Sinken der Preise

unter der Herrschaft der Schutzzollpolitik läßt der Reichstagsabg. C. Wilbrandt (Bismarck) demnach (Bismarck, Heintorff'sche Hofbuchhandlung) eine Schrift erscheinen, in welcher das in Rede stehende Thema hauptsächlich aus landwirtschaftlichen Gesichtspunkten behandelt ist. „Der Gedanke“, bemerkt der Verfasser im Vorwort, „daß wohl die Zeit gekommen sein möchte, auch mit Ausführungen gegen den Nutzen der Schutzzölle das Obr der deutschen Landwirtschaft zu finden, hat diese kleine Arbeit entstehen lassen. Meine Absicht ist, in sachlicher und gemeinverständlicher Weise zu zeigen, aus welchen Gründen die mehrjährige Krisis hervorgegangen ist, und warum nach den in Wirtshaft getretenen Ursachen alle unsere Schutzzölle die Uebelstände verschärfen mußten. So lange meine Berufsgenossen von den Kornzöllen eine Steigerung der Preise erhoffen durften, wurde jedes veraltete Wort vergebens gesprochen sein, wie denn auch während der Dauer der Agitation jeder Widerspruch eines Landwirths als ein Abfall von der Sache der Landwirtschaft betrachtet wurde. Heute liegt aber bereits eine Erfahrung vor, die höchst ungünstig ist und viel zu denken giebt, und es hält nicht mehr schwer, aus den Thatfachen zu beweisen, daß sich die Lage der Production für die Interessen der Landwirtschaft nicht unerheblich gebessert hat, und daß die Getreidepreise unbedingt viel höher stehen würden, wenn nicht die Zollgesetzgebung ein Mißverhältnis geschaffen hätte, das nach der ganzen Lage der Production und des Verkehrs zu den schwersten Schädigungen führen mußte. Die Noth lehrte beten“, sagt ein altes Sprichwort. Hier würde es genügen, wenn sie nur wollte nachdenken lehren, und ich glaube, wenn die deutschen Landwirths die Dinge nur erst mit größerem Ernst in allen Wechselbeziehungen von Ursachen und Wirkungen zu verfolgen begännen, werden sie sich schon von den Irrthümern wieder frei machen, denen sie in dem Eifer einer allzu leidenschaftlichen Agitation verfallen sind. Giebt sich somit diese Schrift als ein Wort der Beherzigung an meine Berufsgenossen, so wird man mir die Berechtigung dazu kaum absprechen können. Die Worte: „Sie säen nicht, sie ernten nicht u. s. w.“ treffen für mich nicht zu, denn ich bin Landwirth von Fach, suche meinen Erwerb in der Bewirthschaftung eines kleinen Ackerbaus und leide wie nur Einer meiner Collegen unter der traurigen Conjunction, mit der die Landwirtschaft seit Jahren zu kämpfen hat. Es ist nicht minder das eigene Interesse, als die Liebe zu einem wunderschönen und edlen Beruf, die mir zu dieser Arbeit die Anregung gegeben. Möchte sie von den Freunden der Landwirtschaft mit so vielem Wohlwollen aufgenommen werden, als sie mit Wärme geschrieben ist.“ Auf die interessante Schrift selbst kommen wir demnach noch zurück.

Der Entsatz Emin Bey's.

Die britische Regierung hat, wie der „Manchester Courier“ erfährt, beschlossen, die von dem Afrika-reisenden H. M. Stanley beabsichtigte Expedition nach Mittelafrica, um dem von der Außenwelt abgeschnittenen Dr. Emin Bey Hilfe zu bringen, mit Geldmitteln zu unterstützen. Die ägyptische Regierung wird ihrerseits 10 000 Pfd. Sterl. beisteuern. Die Expedition wird einen privaten Charakter tragen und lediglich Handelszwecken dienen.

Das ganze Concert hinterließ einen günstigen Eindruck. Der reiche Beifall, den die Ausführung der Instrumentalstücke fand, bewies, daß das Publikum die künstlerischen Bemühungen des Vereins, wie seines bewährten Dirigenten wohl zu schätzen weiß.

Stadt-Theater.

Gaspiel der Hofschauspielerin Fr. Rosa Keller: „Adrienne Lecouvreur.“ — Scribe, der Meister in der Technik des Lustspiels, namentlich in der Führung eines lebendigen und witzigen Dialogs, hat in dieser Beziehung auf die gesammte moderne Bühnendichtung Frankreichs dadurch einen großen Einfluß geübt, daß er nicht nur durch den Erfolg seiner Stücke zur Nachahmung seiner Methode gereizt, sondern auch direct Schule gemacht hat, indem er die jüngeren Talente unter seinen Zeitgenossen direct zur Mitarbeit bei seinem dramatischen Schaffen heranzog. Unter diesen Mitarbeitern steht Legouvé obenan, der bei einer Anzahl der besten, auch in Deutschland mit vielem Erfolg gespielten Stücke, wie „Damenkrieg“, „Feenbände“, „Die Erzählungen der Königin von Navarra“ und „Adrienne Lecouvreur“ theilhaftig ist. In welcher Art und in welchem Grade die Theilnahme stattgefunden hat, ist nicht festgestellt; bei dem letztgenannten Stück scheint sie besonders stark gewesen zu sein, da man es ebenso unter den Stücken Legouvé's, wie unter denen Scribes aufgeführt findet. Bei „Adrienne Lecouvreur“ merkt man auch mehr als bei den anderen oben erwähnten Stücken die doppelte Autorschaft heraus. Es ist in dem Stücke eine gewisse Zwiespältigkeit des Stils; es beginnt lustspielartig nach der Weise der Scribe'schen Intrigenstücke, erst im 4. Act nimmt es sehr ernsthafte Züge an, um dann im 5. Act, zwar nicht eigentlich tragisch, aber doch sehr traurig zu enden. Man erzählt, Scribe habe nach seiner schriftstellerischen Reigung einen vorzöhlenden Verlauf der Handlung gewünscht, Le-

Deutschland und Rußland.

Es ist schon heute Morgen gemeldet worden, daß der deutsche Botschafter in Petersburg Graf Schweinitz sich genöthigt gesehen hat, dem russischen Minister des Innern gegenüber Klage über die gehässige Sprache der russischen Presse zu führen. Unser Berliner Correspondent schreibt uns hierzu: Es ist dies ein Symptom dafür, daß die Reichsregierung den Versuch macht, die diplomatischen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Vorläufig freilich scheint diese Bemühung nicht von besonderem Erfolg gewesen zu sein. Die Erklärung des russischen Ministers des Innern, er könne nichts thun, angesichts der feindseligen Sprache der deutschen Presse gegen Rußland, ist für russische Verhältnisse in hohem Grade charakteristisch. In Rußland darf bekanntlich auch ein unabhängiges Blatt den Mund nicht aufthun, wenn es der Regierung nicht gefällt. Für die Ungezogenheiten der panslavistischen Presse ist also die russische Regierung indirect wenigstens verantwortlich. In Deutschland hat derjenige Theil der Presse, der von den Regierungseinflüssen völlig unabhängig ist, die russische Politik in Bulgarien von Anfang an bekämpft, aber mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit nur deshalb, weil die den Inspirationen der Regierung zugängliche Presse in einer das Rechtsgefühl der Nation schwer verletzenden Weise für die Urheber des Sofianer Handbuchs und für die Kaulbars'sche Politik eingetreten ist, bis der Strom der öffentlichen Meinung eine gewisse Rückwirkung auch auf die offiziöse Presse ausübte. Der deutschen Regierungspresse kann Graf Tolstoi unter diesen Umständen nur allzu großen Eifer für Rußland vorwerfen.

Was im Uebrigen die scheinbare Ruhe in der russischen Politik betrifft, so ist die Bedeutung derselben schwer zu beurtheilen. Sollte in Frankreich wirklich auf das Freycinet'sche Cabinet ein Ministerium Floquet folgen, so würde es eine interessante Beobachtung sein, ob der Zar die Erinnerung an den Auf: „Vive la Pologne“, mit dem Floquet 1867 seinen Vater in Paris begrüßte, ebenso leicht überwinden wird, wie seine ehemaligen Antipathien gegen das republikanische Frankreich.

Die französische Ministerkrise

steht noch, wie sie gestern stand. Aber die Chancen des Kammerpräsidenten Floquet gelten als die besten, trotz seines „vive la Pologne“. Der „Soir“ glaubt, Floquet werde dem Präsidenten Grevy folgen; das Cabinet vorzuschlagen: Inneres und Präsidium Floquet, Aeußeres Admiral Jaures, Finanzen Rouvier, Unterricht Spuler, Justiz Willaund, Bauten Etienne, Aderbau Bolyet. Boulanger, Aube, Lockroy, Granet sollen bleiben.

Der Zustand des Sultans.

Daß der Sultan in seiner Annäherung an Rußland durch seine nächste Umgebung, die durch russisches Geld erkaufte worden, bestärkt wird, ist in Konstantinopel, wo der „Nat.-Zig.“ von dort geschrieben wird, ein offenes Geheimniß. Ueber die Art und Weise, wie dieser Monarch seine Entschlüsse faßt und mit seinen Ministern conferirt, wurden mir von Eingeweihten nachstehende Züge erzählt. Als im vorigen Jahre die Bewegung in Otrumenien ausbrach, schickte Abdul Hamid in der Nacht zum Chaireddin Pascha, jun-en Zuniacis, der zur Zeit der ägyptischen Reise Großvezier gewesen und seither in stiller Zurückgezogenheit ein Landhaus am Bosporus bewohnt. Sowie der Pascha im Palais erscheint, fragt ihn der Sultan: Du hast doch von den Vorgängen in Otrumenien gehört? — Nicht daß ich wüßte. — Nun, das Philippopol eine Revolution ausgebrochen, daß man den Generalgouverneur abgesetzt und gefangen hat u. s. w. — Ja, ganz richtig, ich entsinne mich, davon etwas in der Zeitung gelesen zu haben. — Nun, was würdest Du gethan haben, wenn Du beim Ausbruch dieser Ereignisse Großvezier gewesen? was ist Dein Rath?

goubé aber auf einen tragischen Abschluß unweigerlich bestanden. Das letztere ist ihm nun, wie gesagt, doch nicht geblieben, denn das unglückliche, tief ergreifende Schicksal Adriennens entbehrt des verzöhlenden Zuges im Sinne des Dramas. Sie stirbt ein schuldloses Opfer brutalen Mordes, während die Anstifter desselben straflos ausgehen.

Die Rolle Adriennens bietet Gelegenheit, die verschiedensten Seiten des Darstellungstalent in mannigfaltigen Seelenzuständen, von dem idyllischen Glück eines harmlosen Mädchenherzens bis zu den bestigsten Affekten der Eiferlichkeit und der betrogenen Liebe und bis zu den stärksten Leiden zu zeigen. Daher haben, seit die Rachel in dieser Partie die größten Erfolge errungen hatte, alle hervorragenden Charakterdarstellerinnen die Adrienne mit Vorliebe gespielt. Auch Frau Keller legte gestern wieder ein glänzendes Zeugniß von der Vielseitigkeit ihres Talentes ab. Während sie in dem ersten Theil der Rolle durch wahre Empfindung und durch virtuose Beherrschung der Mittel für gesellschaftliche Repräsentation den dasuzustellenden Interesse der Zuschauer für den darzustellenden Charakter erregte, konnte sie im zweiten Theil ihre Fähigkeiten für das hochdramatische Spiel wirksam zur Geltung bringen und erntete vielen und lebhaften Beifall, namentlich durch die stark realistische Darstellung im letzten Act.

Die übrigen Figuren des Stückes sind im Verhältniß zu der Hauptrolle von den Verfassern sehr obenbin behandelt, mit Ausnahme des braven Michonet — einer Art von Bradenburg — der von Hrn. Kolbe in schlichter Wahrheit sehr anziehend dargestellt wurde. Der Vorstellung im Ganzen fehlte die volle Sicherheit und Lebendigkeit. Als verdienstvoll mitwirkend nennen wir Fr. Staudinger (Prinzessin Bouillon), Fr. Enau (Herzogin von Limont), und die Herren Bach (Moritz v. Sachsen), Werber (Prinz Bouillon) und Stemmler (Abbe v. Chazeuil).

Sinfonie-Concert.

Gestern Abend gab die philharmonische Gesellschaft ihr erstes diesjähriges Concert. An der Spitze des Programms stand die C-moll-Sinfonie von Marcell. Dieses Werk, hier und an anderen Orten schon öfter aufgeführt, gehört unzweifelhaft zu den bedeutendsten Schöpfungen des Herrn Musikdirector Marcell. Die vierstimmige Sinfonie ist nach Anlage wie Ausführung ein in großem Stil gehaltenes Werk und giebt ein Zeugniß von der sicheren Meisterhand, mit welcher der Componist die großen Formen behandelt. Die Einleitung (Adagio 4/4 Tact) beginnt mit dem verkürzten Hauptthema des ersten Satzes, von den Bläsern weich intonirt und durch tonleiterartige Figuren unterbrochen, die erst im Streichquartett, darauf in den Flöten auftreten. Dann legt das Allegro mit dem vollen Hauptthema im Streichquartett ein. Der Satz trägt einen vorwiegend kräftigen Charakter; dabei fehlt als Gegenstück das weiche, melancholische Element nicht. Das Adagio zeigt einen ruhig ernsten Charakter. Das Allegro des dritten Satzes enthält jene Art von keckem Humor, wie wir sie aus den Beethoven'schen Scherzos kennen. Das Trio hat eine weniger bestimmte, dabei ruhigere Haltung. Mit einem breiten und majestätischen Thema eröffnen die Hörner und Violonen den letzten Satz, der in seiner Durchführung wieder einen patriotischen Zug trägt. Die Thematik des ganzen Werkes ist einfach und natürlich, die Instrumentation reich und interessant und doch immer klar und durchsichtig.

Die gelungene Ausführung, von dem Componisten selbst mit Geschick geleitet, zeugte von dem fleißigen Studium des Vereins. Herr Marcell, mit Beifall bei seinem Erscheinen an dem bekränzten Dirigentenpult begrüßt, wurde auch nach den einzelnen Sätzen, wie zum Schluß der Sinfonie durch reichen Applaus ausgezeichnet.

Das Programm enthielt außer dem bezeichneten noch zwei Orchesterwerke. Die Ouvertüre

zu Shakespeare's „Richard III.“ von Robert Volkmann ist unseres Wissens hier noch nicht zu Gehör gekommen. Volkmann in seinen Kammermusikstücken und vor allem in seiner D-moll-Sinfonie als einer der bedeutendsten neueren Tonsetzer bekannt nicht nur hinsichtlich der Erfindung, sondern auch bezüglich der formalen Meisterhaftigkeit, steht in dieser Ouvertüre ganz auf dem Boden der Programmmusik. Während Einleitung und Schluß noch wirkliche musikalische Ideen tragen, ist die Mitte des Werks voll lauter greller Tonmalerei und phantastischem Durcheinander. Die schwierige Ausführung gelang unter der energischen Leitung des Herrn R. Kammerer recht gut. Den Schluß des Abends bildete Beethoven's sonnenhelle, lebenswichtige C-dur-Sinfonie, ebenfalls sehr gut einstudiert und von Herrn Kammerer frei aus dem Gedächtniß mit Schwung dirigiert.

Zwischen den instrumentalen Nummern trug Frau Meßdorff, Magda eine Arie und einige Lieder vor. Die Künstlerin hat sich schon an demselben Tage in der vorjährigen Saison dem Publikum als technisch abgerundete musikalische Sängerin vorgestellt. Ihre schätzbaren Qualitäten kamen auch diesmal wieder zur Geltung, wobei namentlich die reine Intonation und die Geläufigkeit im colorierten Theil, speciell der gleichmäßig elegante Triller erfreuten. Nicht glänzend schied uns die Wahl der Stücke. Sowohl die Arie der Ilia aus Mozarts „Idomeneo“ wie das Schönbörsche Lied „Du liebst mich nicht“ sind stark verblasst. Gerade diese beiden erfindungsreichsten Dichtwerke haben so viele schöne Compositionen geschaffen, die noch in ihrem vollen Glanz strahlen, daß man Stoff genug für mehr als ein Concert findet. Der Vortrag der Lieder war durchweg von künstlerischem Verständnis geleitet, namentlich gefiel Dorn's „Das Mädchen an den Rhod“ welches von der geschätzten Sängerin auf den lebhaftesten Beifall hin da capo gesungen wurde. Die Begleitung der Gesangsnummern führte Herr Musikdirector Marcell discret und mit feinem musikalischen Geschmaack aus.

Wenn ich Großfürst gewesen wäre, so hätte ich sofort dem Commandanten von Adrianopel den Befehl gegeben, in Dürrenfeld einzurücken. Die Ruhe wiederherzustellen, ich würde ihm von hier aus Befehle geschickt und so dann — Sure Majestät von meinen Anordnungen verständigt haben. — Der Sultan hatte genug gehört und Chaireddin Pascha wird nach folgendem (einzig vernünftigen) Rathschlag wohl nicht sobald wieder in das Palais berufen werden. Wie weiland König Ludwig II. von Bayern, liebt es auch Abdul Hamid II., die Nacht zum Tage zu machen; sein Wächtertrupp ist sicher davor, um Mitternacht aus dem Bette geholt und ins Palais beschieden oder mit irgend einer wichtigen Mission betraut zu werden, die ihn nötigt, schon am nächsten Morgen abzureisen. Aber auch in anderer Hinsicht finden sich Analogien zwischen dem Sultan und dem unglücklichen Bayernkönig; so theilten beide die kostspielige Neigung zur Aufzucht von Prachthunden und prächtigen Gärtenanlagen; beiden war die verschwenderische Beschäftigung von Günstlingen und der rasche Wechsel in ihrer Gunst gemein. Während sich aber Ludwig II. bis zu seinem letzten Lebensjahre nicht unglücklich fühlte, ist Abdul Hamid von einer beständigen Angst erfüllt, daß man ihm nach dem Leben strebe, und auch er hat Personen, denen er in seiner Einbildung diese Absicht zumuthet, erschossen. Auch der Grundsatz *l'état c'est moi* ist ihm gleich den genannten Herrschern eigen. Die Furcht des Sultans vor Verfolgung ist eine so große, daß er nicht nur am Freitag beim Selamluk stets eine andere Moschee besucht, als angefangen worden, sondern um seinen Palast herum eine kleine Armee von 18 000 Mann auslesener Truppen concentrirt hat.

Eine türkische Stimme.

Ein Artikel der „Turquie“ in Konstantinopel, die aus der russischen Votschaft ihre Mittheilungen erhält, präcirt die augenblickliche Situation in der bulgarischen Frage dahin, daß England, Italien und Oesterreich-Ungarn gegen Rußland verbündet die Autonomie Bulgariens verlangen. Fürst Bismarck spiele die Rolle des ehrlichen Mallers, während Frankreich und die Türkei zu den Anhängern des Petersburger Cabinets hinhängen. Rußland, meint das Blatt, werde auf eine europäische Konferenz vielleicht eingehen, doch nur sub beneficio inventarii. Die Autonomie Bulgariens hält das Blatt für eine diplomatische Fiction und bemerkt, daß, wenn Graf Kalnoky erklärt habe, dieselbe aufrechtzuerhalten zu wollen, es hiezu zu spät sei, es wäre denn, daß Deutschland aus seiner Reserve heraustrete. Eine Konferenz würde zu nichts führen, und wenn sie ein Resultat hätte, so wäre dies nur eine Verleüderung, eine Fortsetzung des Provisoriums, die Rußland vielleicht ganz willkommen käme. Rußland habe nur ein unmittelbares Ziel, nämlich die Autonomie der Balkanstaaten zu verhindern. Zu einem Kriege werde es darum nicht kommen. Denn Deutschland wolle denselben nicht, Oesterreich-Ungarn werde nicht den Muth haben, ihn ohne Deutschland zu führen; auf Italien und England aber lege man in Petersburg kein Gewicht.

England und seine Colonien.

Die letzte Chronik enthält, wie erinnerlich sein wird, einen Passus, worin die Königin der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß alleits ein zunehmender Wunsch gehegt werde, die Bande, welche die verschiedenen Theile des Reichs mit einander verknüpfen, fester zu ziehen, und daß beabsichtigt werde, die Erziehung von Fragen von gemeinsamem Interesse ein Meinungsaustausch mit den Regierungen der bedeutendsten Colonien des Reichs anzuknüpfen werden sollte. Dieser Ideenaustrausch scheint von Erfolg gekrönt worden zu sein, denn jetzt hat der Minister für die Colonien, C. Stanhope, eine Depesche an die Gouverneure sämtlicher britischer Colonien gerichtet, worin es heißt, daß die englische Regierung beschließen habe, der Königin den Rath zu ertheilen, im Frühjahr 1887 eine aus Vertretern der hauptsächlichsten Colonial-Regierungen bestehende Konferenz nach London einzuberufen, um in derselben Vorschläge für ein engeres Einvernehmen zwischen den verschiedenen Theilen des Reichs in Beziehung zu ziehen. Unter anderen wichtigen Fragen sollen insbesondere die einer gemeinsamen Organisation der Reichswehr und einer größeren Entwicklung des postalischen und telegraphischen Verkehrs zwischen dem Reich und seinen Colonien besondere Berücksichtigung finden. Die Konferenz wird unter dem Vorsitz des Colonialministers im April oder Mai zusammenzutreten, einen rein beratenden Charakter haben, und soll die Discussion einer politischen Föderation von den Verhandlungen gänzlich ausgeschlossen sein.

Deutschland.

Berlin, 8. Decbr. Die Mittheilung der allernachstehenden Wiener „Pol. Correspondenz“, daß der Reichskanzler vorläufig an den Verhandlungen der Commission des Reichstags nicht theilnehmen werde, weil ihm die Situation zu Aufregungen über die politische Lage nicht angethan erscheine, wird kaum jemanden überraschen. Die Versicherung, daß nur der Rath des Herrn Dr. Schwemmer den Reichskanzler in Friedrichsruh festhalte, hat eben Niemand für Ernst genommen. Die Absichten des Reichskanzlers werden sich aber wohl sehr schnell ändern, wenn wirklich, wie hie und da noch behauptet wird, die Möglichkeit bestünde, die zweite Beratung der Militärvorlage noch vor Weihnachten vorzunehmen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ eignet sich heute Abend sogar das Urtheil des socialdemokratischen „Volksblatts“ über den Arbeiterlohnanspruch wieder, wie an, lediglich weil das „Volksbl.“ sich ebenso wie die „Nordd. A. Z.“ bemüht, die demagogische Tendenz des Centrumsantrags hervorzuheben. Das „Volksbl.“ ist dazu freilich am wenigsten berechtigt, da die Socialdemokraten ja ebenfalls Anträge betreffend den Normalarbeitstag u. i. w. eingebracht haben. Der Vorwurf des „Volksbl.“ übrigens, das Centrum wolle die Unternehmer möglichst gelinde behandeln und die Sache so einrichten, daß es so ziemlich beim Alten bleibt, trifft die Arbeiterschutzpolitik der Regierung, namentlich bezüglich der Sonntagsarbeit, in noch viel höherem Grade als diejenige des Centrums. Wenn im übrigen der Regierung die Concurrenz der Parteien so unangenehm ist, so hebt es ihr ja frei, auch ihrerseits mit praktischen Vorschlägen hervorzutreten.

* [Prinz Luitpold] wird bis Freitag in Berlin verweilen. Ueber die verschiedenen Gesuche um Audienzen ist im Allgemeinen von dem hohen Herrn eine Entscheidung noch nicht getroffen; auch die bairischen Reichstags-Abgeordneten sind bis jetzt noch ohne Bescheid darüber, ob und wann sie von Sr. Königl. Hoheit empfangen werden können. Im Fall es nicht zu einer Audienz kommen sollte, würde dies sich nur daraus erklären, daß über die kurz bemessene Zeit des Prinz-Regenten bereits im Voraus Disposition getroffen war.

* [Der Bundesrath] hält heute, Donnerstag, wieder eine Plenarsitzung ab. Auf der Tagesordnung befinden sich Vorlagen betreffend: a) die

Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihenbesetze, b) die Wiederberufung des Gesetzgebungsorgans über die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen, sowie mündliche Berichte über verschiedene Zollangelegenheiten betreffende Eingaben.

* [Der bairische Ministerialrath v. Herrmann] ist aus dem Bundesrath ausgeschieden. An seiner Stelle ist der Regierungsrath Landmann zum stellvertretenden Bundesraths-Mitgliede ernannt worden und in Berlin eingetroffen.

* [Reichstagsabgeordneter Dr. Orterer] vom Centrum, seither Gymnasial-Studienlehrer in München, ist vom 16. d. M. zum Professor am Gymnasium in Jelling befördert worden, wonach also sein Mandat von da ab erlöschen würde. Man glaubt indes, daß Orterer auch weiterhin der politischen Laufbahn angehörig bleiben wird.

* [Dr. Jähle], der, wie gemeldet, in Rismaju nahe der Mündung des Juba in Ostafrika ermordet worden ist, war am 6. September 1886 zu Elbena bei Greiswald geboren, wo sein Vater, der jetzige fgl. Garten-Director in Potsdam, damals Inspektor und Lehrer an der landwirtschaftlichen Akademie daselbst war. Im April 1884 theilte er sich an der Gründung der „Gesellschaft deutscher Colonisation“ und ging am 24. September desselben Jahres mit der ersten Expedition nach Ostafrika, wobei bekanntlich die ersten Erwerbungsverträge abgeschlossen wurden über das Gebiet von Usagara, Nguru, Ugeha und Ufami, für welches unterm 27. Februar 1885 der erste Kauf-Schutzbrief erteilt wurde. Späterhin leitete Dr. Jähle noch zwei Expeditionen nach dem Kilima Ndscharo und Usagara und kehrte im März 1886 zu längerer Erholung in seine Heimath zurück, da er mehrmals stark vom Fieber zu leiden gehabt hatte. Im Laufe dieses Sommers hatte sich Dr. Jähle wieder nach Ostafrika begeben und sollte die neue Station „Hohenzollern-Hafen“ an der Mündung des Wubuschi (Wort Durnford) einrichten, deren Ausrüstung Mitte November mit dem Dampfschiff „Nedra“ dahin abgefahren ist. Vor dem Eintreffen des Materials hatte er noch den Zubauß befahren und beim Abschlusse der Fahrt hat er seinen Tod gefunden.

Die Somalis, denen die Ermordung Jähles zugeschrieben wird, bilden den zahlreichsten jener durch ihre Raub- und Mordthaten berüchtigten Stämme, welche das Land bis zum Cap Gardafui, 12° nördl. Breite, und bis nach Abyssinien hin bevölkern; die Somali sowohl als die Galla und Danaki haben sich als Semiten reiner erhalten, als die südlich davon wohnenden Suaheli, bei denen arabisches und negerblut ziemlich gleich gemischt sind. Die Raubereien und Mordthaten der Somali u. i. w. sind unzählig; am nächsten in der Erinnerung ist noch die Vernichtung der Expedition des italienischen Grafen Porro im März dieses Jahres bei Djibouti durch Somali oder Galla.

* [Die vertraulichen Mittheilungen in der Militärcommission.] Wie gestern gemeldet, sind unter der Bezeichnung „vertraulich“ den Mitgliedern der Militärcommission am Montag Abend vom Kriegsministerium verschiedene statistische Uebersichten zugesandt worden. Die „Freis. Ztg.“ bemerkt hierzu:

Diese „vertraulichen“ Uebersichten haben in den Kreisen der Commissionsmitglieder nur Heiterkeit erregt, weil das Uebersichtsbuch inhaltlich nicht im mindesten den Charakter vertraulicher Mittheilungen trägt. Man vermuthete deshalb anfänglich, daß irgend ein Mißverständnis in der Registratur die Bezeichnung „vertraulich“ bei diesen Schriftstücken herbeigeführt habe. Die übersandten Tabellen enthalten statistische Angaben über die Friedenspräsenzstärke des französischen und des russischen Heeres, wie sie in ähnlicher Art, nur noch detaillirter, sich in einer großen Zahl militärischer Zeitschriften und Fachschriften veröffentlichen finden. Mit demselben Recht hätte auch das Kriegsministerium den Commissionsmitgliedern beispielsweise ein Exemplar des Gehalts der statistischen Kalender unter der Bezeichnung „vertraulich“ übersenden können. Noch seltsamer ist es, daß man auch finanzstatistische Berechnungen zum Vergleich der Heeresausgaben in Deutschland, Frankreich und Rußland mit der Bezeichnung „vertraulich“ übersandt hat. Alles, was darin zusammengefaßt ist, beruht auf längst veröffentlichten Zahlen. Die bei der Vergleichung der Finanzen der verschiedenen Länder inehgehaltene statistische Methode ist auch so ansehnlich, daß auch diese Methode nicht als Geheimniß einer besonderen statistischen Wissenschaft angesehen werden kann. Nur insofern könnte die Regierung ein Interesse an der Geheimhaltung dieser Statistik haben, als namentlich die detaillierte Statistik über die Heeresstärke in Rußland und Frankreich die Zweifel an der Richtigkeit der Behauptungen, daß zu erhöhen vermag als ob in Rußland und Frankreich seit der letzten deutschen Militärvorlage von 1880 erhebliche Vermehrungen des Friedensheeres stattgefunden haben.

* [Ueber den Abgeordneten Liebknecht] bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen Brief aus New-York, wonach Liebknecht in einer ihm zu Ehren veranstalteten Abschiedsversammlung wieder erklärte, daß er die zum Tode verurtheilten Chicagoer Anarchisten im Gefängnis besucht habe, die Leute seien unschuldig verurtheilt, weshalb die Arbeiterorganisationen alles aufbieten sollten, die Verurtheilten vom Galgen zu retten. Ueberdies vermahnte er sich gegen den Vorwurf, in Amerika nicht radical genug geredet zu haben. Er sagte, er sei als Deutscher zu stolz, die Amerikaner gegen die deutsche Regierung aufzubringen! Deshalb habe er nichts gegen die deutsche Regierung gesagt. Im Uebrigen würden die Deutschen, wenn er sage, es sei Zeit zum Losschlagen, wirklich glauben, der Moment zum Kampfe sei gekommen. Weil er das wisse, hüte er sich, vorzeitig zum Losschlagen aufzufordern. Wenn aber der geeignete Zeitpunkt komme, werde er mit den Waffen in der Hand kämpfen wie ein Jüngling — trotz seiner sechzig Jahre.

Stettin, 8. December. Die Zahl der dem Abg. Th. Schmidt zu seinem Jubiläum zugegangenen Telegramme beläuft sich auf nicht weniger als 101. Gegen 30 waren vorgestern Vormittag eingetroffen; die übrigen kamen Abends. Das 101. Telegramm war ein poetischer Glückwunsch Albert Trägers.

Halle, 6. Decbr. Wie i. J. gemeldet, fand am 29. October d. hiesigst eine große allgemeine Studenten- Versammlung statt, die schließlich eine Commission zur Abfassung einer Petition an den Bundesrath ernannte. Die Commission hat nun folgende Petition aufgestellt: „Dem hohen Bundesrath des deutschen Reichs erlaubt sich die unterfertigte, am 29. October 1886 von einer allgemeinen deutschen Studentenversammlung zu Halle a. d. S. niedergelegte Commission in aller Ehrerbietung folgende Bitte vorzutragen: „Der hohe Bundesrath des deutschen Reichs wolle hochgeneigt dahin wirken, daß den zum deutschen Reich gehörigen Studenten diejenigen Semester ihrer Studienzeit, in welchen sie an der Prager Universität immatriculirt sind, in gleicher Weise auf die gesetzmäßig bestimmte Studienzeit angerechnet werden, wie die, welche sie an Hochschulen des deutschen Reichs studiren.“

Dresden, 7. Decbr. Nach einem Vortrag des Dr. Carl Peters in einer Versammlung des conserativen Vereins, an welcher über 1000 Personen theilnahmen, constituirte sich eine Abtheilung „Dresden“ der Gesellschaft für deutsche Colonisation unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten Dr. Mehnert. (W. Z.)

Frankfurt a. M., 8. Decbr. Den Rundgebungen gegen die Defraudationsbeihilfen des Finanzministers v. Scholz hat sich jetzt auch die Handelskammer in Frankfurt a. M. angeschlossen, indem sie eine Protest-Eingabe dorthin mit einem entscheidenden zustimmenden Begleitschreiben dem Herrn Handelsminister übermittelte hat.

Aus Würtemberg, 5. Decbr., schreibt man der „Fr. Ztg.“: Die Geschichte, daß ein Seelhorger sich öffentlich dagegen verwahrt, bei einer kirchlichen Feier eines Verstorbenen ehrenvoll gedacht zu haben, passiert nicht häufig. Pfarrer Riettmüller in Dürrenfeld ist ein Seelhorger dieser Art. Mitte vorigen Monats starb daselbst ein alter, überzeugungstreuer Demokrat, der frühere Aeltest F. Schmid. In dem Bericht des „Abboten“ über das Leichenbegängniß war zuerst des warmen Nachrufs gedacht, den der Abg. Schwarz aus Ebingen dem Verstorbenen am Grabe widmete, so dann hieß es: „Auch bei dem darnach ortsüblichen Weise in der Kirche abgehaltenen Trauergottesdienst wurde des Hingegangenen in würdiger, ehrenvoller Weise gedacht.“ Pfarrer Riettmüller in Dürrenfeld sieht sich, um „Mißdeutungen“ zu begegnen, zu einer öffentlichen „Berichtigung“ gedrängt. Der Herr Pfarrer meint: „Der also schrieb, ist entweder gar nicht in der Kirche gewesen, oder hat meine Worte nur mit verschloffenen Ohren gehört. Wichtig habe ich zu reden verurtheilt, das bin ich meinem Amte schuldig; aber „ehrenvoll“ des Schmid zu gedenken, dazu hatte ich bei der Jedermann bekannten Genennung desselben lediglich keinen Grund. Ich habe überhaupt seiner gar nicht gedacht, sondern habe über den Gegensatz der unchristlichen und christlichen Anschauungen vom Leben und Sterben gesprochen. Wer merken wollte, konnte verstehen, was ich meine.“

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. Decbr. Gutem Vernehmen nach wird die bulgarische Deputation morgen Nachmittag vom Grafen Kalnoky empfangen werden.

Dänemark.

Kopenhagen, 7. Decbr. Prinz Christian, der älteste Sohn des Kronprinzen, ist am Sonnabend bei den Turnübungen im Turnsaal der Cadetten schwer zu Schaden gekommen, indem er von einer 16 Fuß hohen Rutschstange hinabstürzte. Außer einem Rippenbruch hat er sich eine Verletzung der linken Kniegelenke und mehrere weniger bedeutende Contusionen zugezogen. Das Kronprinzenpaar, das sich zur Zeit in Wien aufhält, ist durch einen von dem König sofort abgeordneten Courier von dem Unfall ihres Sohnes benachrichtigt worden.

Italien.

Mailand, 2. Decbr. In Folge der Erhöhung der Steuerzinsen sah sich der Herzog Guido Visconti di Modrone, bekannt durch seine Reichthümer, veranlaßt, seine Stabillamente zur Baumbollbearbeitung in Apripio d'Adda zu schließen, wodurch 800 Arbeiter erworblos wurden. Die der Regierung eingereichten Petitionen, welche die Herabsetzung der Steuer verlangten, hatten keinen Erfolg, was den Herzog zu dem erwählten Schritte veranlaßte, da „er nicht Lust habe, Geld zu verlieren“. In Mailand beschäftigte sich die Presse lebhaft mit dem Loos der armen Arbeiter; man hofft, daß erneuerte Eingaben an das Ministerium das Glend der Arbeiter beenden könnten.

Spanien.

Madrid, 4. Decbr. Die Spaltung im republikanischen Lager kann fast schon als eine Thatsache angesehen werden: Salmeron, Ascarate und ihre Freunde sind gegen die Militär-Auflösung, sie wollen Sagasta Zeit lassen, die Reformen zu verwirklichen und werden in den Cortes hierauf bezüglich Erklärungen abgeben. Der „Progreso“ hält an Jorrialla fest, welcher die Verbindung mit den Federalisten aufrecht erhält. Die Gerechtigkeit derselben gegen die Abtrünnigen unter Salmeron ist unbefriedigend. Laureano Figuerola hat sein Amt als Präsident des progressiven Clubs niedergelegt und zieht sich ins Privatleben zurück. Der 70jährige Greis war seit 1853—68 Professor der Volkswirtschaft an der Madrider Universität, er wurde Minister der Finanzen im ersten Cabinet der September-Revolution und ist wiederholt Präsident des Aleneo und anderer Gesellschaften gewesen. Er war es, der die Freihandelspolitik in Spanien einfuhrte. Der „Dia“ und andere monarchische Blätter widmen ihm lange Leitartikel.

Belgien.

Brüssel, 6. December. Der Cassationshof hat die Berufung Vandermissens, der wegen Todschlags zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurtheilt ist, verworfen.

Brüssel, 8. Decbr. Bei der heute in den Abtheilungen der Deputirtenkammer vorgenommenen Prüfung des Antrages Dultremont betreffend den persönlichen Militärdienst erklärten sich 52 Mitglieder im Princip für den persönlichen Militärdienst, 43 dagegen; der Antrag Dultremont wurde indeß in den Abtheilungen mit großer Majorität abgelehnt. — Das Krießbudget wurde von der Kammer mit 96 gegen 11 Stimmen genehmigt. 7 Deputirte enthielten sich der Abstimmung. (W. Z.)

Afrika.

* Einem Reuterschen Telegramm aus Tripolis vom 5. d. zufolge haben die Tuaregs Ghat angegriffen und genommen. Die aus 100 Mann bestehende türkische Besatzung wurde niedergemetzelt.

Amerika.

New-York, 22. Nov. Eine eigenthümliche Erbschaft ist dem Deutschen Rechtsanwaltsverein gefallen. Seit etwa vier Jahren wohnte in einer Dachstube des Hauses Nr. 503 Hudson-Strasse ein alter Deutscher, Namens Wilhelm Eger, der sein Leben aufnehmend kümmerlich durch den Verkauf von Eiern fristete. Seine Miethe zahlte er indessen pünktlich. Gestern nun fand man den alten Mann todt in seinem Zimmer — ein Hinrichth hatte seinem Leben ein Ende gemacht. In dem Zimmer herrschte eine chaotische Unordnung und nach einigem Suchen entdeckten die Beamten folgendes Testament des Toden: „8. Juni 1883. Mein letzter Wille. Ich vermache Alles, was ich mein Eigen nenne, bestehend in beweglichen Eigenthum nehmlich in viertausend Dollars dem Deutschen Rechts-Anwaltsverein und alles andere und Zimmereinrichtung dieser Verlobung welche zuletzt bei meinen Abschieden zu mich gelehrt hat Mein Testament vollstreckt soll der Deutsche rechts Schutzverein sein Wilhelm Eger.“

Danzig, 9. December.

Wetter-Aussichten für Freitag, 10. Decbr., auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte. Bei meist bedecktem Himmel ziemlich trübes, mildes Wetter mit etwas Regen bei schwachen bis mäßigen Winden vorwiegend aus Süd bis Südwest, mit Neigung zur Nebelbildung.

* [Waffen-Reclamationen der Landwirthe.] Der Ausschuß der „Vereinigung der Steuer- und Wirtschafts-Reformer“ (unterzeichnet Frhr. v. Mirbach-Sorquitten) hat kürzlich an die Vorstände der landwirtschaftlichen Vereine ein Circularschreiben gerichtet, in welchem er die landwirtschaftlichen Vereine auf folgenden Beschluß der letzten General-Versammlung des „Congresses deutscher Landwirthe“ aufmerksam macht:

„Im Gebiete der staatlichen und der damit zusammenhängenden communalen Besteuerung hat der einzelne Landwirth durch begründete, auf den Rückgang der Besteuerungsbeiträge auf Verabreichung in der Einkommen- beziehungswiese Klassensteuer seine Entlastung herbeizuführen.“

Das Circularschreiben befürwortet nun allerdings die bevorstehende Steuer-Veranlagung für das neue Etatsjahr ein „gleichzeitiges Vorgehen aller bezw. jeder vieler Erwerbsgenossen nach reichlicher Verathung in den landwirthschaftlichen Vereinen“. Den Finanzverwaltungen der Einzelstaaten müßte der bündige und klare Beweis von dem Rückgang der Rente des landwirthschaftlichen Gewerbes geliefert werden. „In den maßgebenden Beamten- gängen glaube man noch keineswegs an den Rückgang des landwirthschaftlichen Einkommens in dem Umfange, wie er sich thatsächlich vollzogen habe, und diese seien gerade deshalb nicht sehr geneigt, den nach Ansicht der „Steuer- und Wirtschafts-Reformer“ notwendigen wirtschaftlichen Reformen zuzustimmen. Für Preußen speziell — heißt es wörtlich in dem Schreiben — kann nur der Weg der Remonstration empfohlen werden. Was darunter zu verstehen ist, das ist von den mit dem Einkommensverfahren Betrauten leicht in Erfahrung zu bringen.“

* [Delegirtenrat deutscher Anwaltskammern.] Morgen und Sonnabend wird in Berlin eine Delegirten-Versammlung der Rechtsanwaltskammern des deutschen Reichs stattfinden, um zu dem gegenwärtig dem Bundesrath vorliegenden Entwurf betreffend die Herabsetzung der Anwaltsgebühren Stellung zu nehmen. Der Vorstand der Anwaltskammer des Ober-Landesgerichtsbezirks Marienwerder hat in dieser Angelegenheit dem Vorstände der Anwaltskammer in Berlin auf dessen Veranlassung ein umständliches Gutachten übersandt. In demselben wird nachgewiesen, daß die beantragte Verringerung der Bestimmungen des bestehenden Gerichtsgebührengesetzes und der Gebührenordnung für Rechtsanwält durchaus ungerechtfertigt erscheint und der Rechtsanwaltsstand hierdurch in seiner Existenz, seinem Ansehen und seiner Würde gefährdet werden würde. Mit der Vertretung der diesseitigen Anwaltskammer auf dem Delegirtenrat ist Hr. Rechtsanwalt Meibauer in Königs beauftragt worden.

* [Postcourse.] Die Garnsee-Lessener Eisenbahn wird am 15. d. Mts. dem Verkehr übergeben. In Folge dessen werden die in jeder Richtung täglich zweimal verkehrenden Züge zur Beförderung von Postsendungen aller Art benutzt. In Gr. Schönbrück tritt eine Postagentur mit dem genannten Tage in Wirksamkeit. Aus Anlaß der Eröffnung des Betriebes auf der Bahn wird ferner die tägliche Verlosung zwischen Graubenz und Lessen über Schloß Roggenhausen mit dem 14. d. Mts. aufgehoben. Dagegen werden neu eingerichtet: 1) vier tägliche Postenposten zwischen Gr. Schönbrück und Schönbrück Eisenbahn-Haltestelle mit folgendem Gange: aus Gr. Schönbrück 7.40, 9.45, 3.0, 6.5, in Schönbrück 7.45, 9.50, 3.5, 6.10; aus Schönbrück 7.55, 10.0, 3.10, 6.15, in Gr. Schönbrück 8.0, 10.5, 3.15, 6.20; 2) zwei tägliche Postenposten zwischen Schloß Roggenhausen Ag. und Roggenhausen Eisenbahn-Haltestelle: aus Schloß Roggenhausen 7.45, 3.0, in Roggenhausen 8.45, 4.0; aus Roggenhausen 9.0, 5.20, in Schloß Roggenhausen 10.0, 6.20. Mit den Postenposten werden Postsendungen jeder Art befördert.

* [Reichsgerichts-Gutbeurteilung.] Ein von einem Kaufmann betriebenes Damenconfections-Geschäft von beträchtlichem Umfange, bei welchem eine größere Zahl von Arbeiterinnen resp. Arbeiterinnen in großen Arbeitsräumen, mit fabrikmäßiger Arbeitsleistung unter den Arbeitenden, beschäftigt werden, ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts vom 18. October d. J. als eine Fabrik im Sinne der Reichs-Gewerbeordnung aufzufassen. Die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter resp. Arbeiterinnen bei einem solchen Betriebe fällt demnach unter die Bestimmungen der §§ 135 ff. der Reichs-Gewerbeordnung.

* [Personalien.] Der Rechtskandidat Paul Schulz aus Danzig ist zum Referendaris ernannt und dem Amtsgericht in Ansel zur Beschäftigung überwiesen worden.

* [Geschenk für die Stadtbibliothek.] Von der Provinzial-Commission zur Verwaltung des westpreuss. Provinzial- Museums sind dem hiesigen Magistrat für die Stadtbibliothek die im Auftrage des westpreuss. Provinzial-Landtages bisher herausgegebenen drei Hefte der Bau- und Kunstdenkmäler der Provinz Westpreußen überwiesen worden.

* [Gefahrvolle Situation.] Gestern Nachmittag fiel von dem sog. „Grünen Gemölde“ neben dem Franzen- thor ein mehrere Centner schwerer Stein auf die Langer- brücke herab, traf das nasserleichte Geländer, zertrümmerte dasselbe und fiel dann in die Mottlau. Eine Gruppe von Personen stand nur wenige Schritte von der Unfall- stelle entfernt. Dieselben vermochten sich erst nach Ver- lauf mehrerer Minuten von dem Schreck einigermaßen zu erholen.

* [Unfällefall.] Beim Verladen von Fässern auf einem in Neufahrwasser liegenden Docksam wurde vorgestern Nachmittag durch Herabfallen eines Wastes der Böttchermeister Brodich von dort lo erhebtlich am Kopfe verletzt, daß er bewußtlos zusammenbrach. Herr B. den man sofort in seine Wohnung beförderte, befindet sich in ärztlicher Behandlung.

* [Tod in Folge Unfallsalles.] Der am 7. d. M. bei einem Bau in der Hopfengasse durch Sturz verunglückte Zimmergehilfe Johann Lade ist gestern Abend im Stadtlazareth an Gehirnverletzung verstorben.

* [Aufgefundene Leiche.] Gestern wurde von mehreren Fischern im Mottlau-Bassin an der Wieden- lassersee die Leiche des seit Anfangs November d. v. ver- missten Müstlers Schulz der 1. Comp. des 128. Regts. aus dem Wasser gezogen. Der Vater des Müstlers hatte eine Belohnung von 100 M. für die Auffindung der Leiche ausgesetzt.

* [Zerlegung-Verein.] Die zu gestern Abend anberaumte Versammlung wurde in letzter Stunde ab- gestellt und auf Mittwoch, den 15. d. M., verlegt.

* [Polizeibericht vom 9. December.] Verhaftet: ein Arbeiter wegen Widerstandes, 1 Arbeiter wegen Ver- droßung, 2 Dirnen, 1 Fischer, 1 Maler wegen groben Unflugs, 24 Obdachlose, 19 Bettler, 4 Betrunkene, 8 Dirnen. Geflohen: 1 Portemonnaie entfallen 11 M.

* Schöne, 8. Decbr. Nach der diesmaligen Auf- nahme des Personenstandes für die Klassensteuer-Ver- anlagung hat sich eine Abnahme der Bevölkerung unserer Stadt um rund 1000 Seelen ergeben. Die Ver- minderung ist durch den Abzug sämtlicher bei der Eisen- bahn beschäftigten Bauarbeitern und Bauunternehmer und deren Familien entstanden. — Zur Bekleidung einer Fahne für den hiesigen Turn-Verein fand gestern Abend eine Theater-Aufführung statt, die ein außer- ordentlich günstiges finanzielles Resultat hatte.

* Marienwerder, 8. Decbr. In den letzten Tagen ist hier das Gerücht verbreitet, daß die Hietzerbergung einer größeren Abtheilung Militär in nicht zu ferner Zeit zu erwarten sei. Obwohl dieses Gerücht vermuth- lich nur in der Annahme, daß bei der Durchführung der neuen Militärvorlage auch die Ostgrenze einer Ver- stärkung erhalten dürfte, seinen Ursprung hat, sollte es doch unsere Stadtbevölkerung zu der Erwägung führen, ob nicht auch von hier aus Schritte zu thun wären, um neben der Unteroffizierschule auch eine andere Truppe zu erlangen. Vorausgesetzt müßte allerdings werden, daß der Stadt nicht neue Opfer auferlegt werden. Sie ist mit 400 Proc. Communalsteuer an der äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen und es wäre ihr eine Stärkung der Steuerkraft um so mehr zu wünschen, als der hohe Steuerfuß, der hier gezahlt wird, zu einem nicht kleinen Theile durch die Opfer bedingt worden ist, welche die Stadt wiederholt dem Staate gebracht hat.

* Rastensee, 8. December. Wie wir in der „Th. d. Ztg.“ lesen, ist gegen die Gültigkeit der fälsch- lich hier vorgelegten Stadtordegnenwahlen deshalb Protest erhoben worden, weil einige Wähler zur Zeit der

